

Gemeinde Petershausen

Bebauungsplan Weißling I

1. Änderung

Die Gemeinde

erläßt aufgrund §§ 2, 9 und 10 des Baugesetzbuches (BauGB), Art. 23 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (Gemeindeordnung - GO -), Art. 98 der Bayer. Bauordnung (BayBO), der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO -) i. d. F. der Bek. vom 23.1.1990 (BGBl I S. 132) und der 5. Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhaltes (Planzeichenverordnung 1990 - PlanzVO 90 -) vom 18.12.90 (BGBl I S. 58) diese Bebauungsplanänderung als

S A T Z U N G

Inhalt

- A. Plandarstellung
- B. Festsetzungen
- C. Verfahrenshinweise

Inkrafttreten der Bebauungsplanänderung

Diese Bebauungsplanänderung wird mit der Bekanntmachung nach § 12 BauGB rechtsverbindlich.

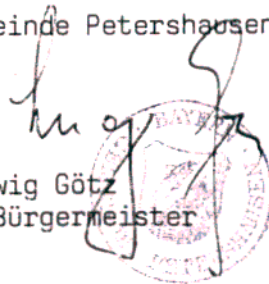
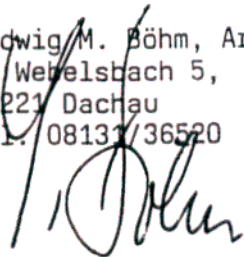
Planverfasser

Dachau, 6. Mai 1997


Gemeinde Petershausen

Ludwig Götz
1. Bürgermeister


Ludwig M. Böhm, Architekt
Am Weibelbach 5,
85221 Dachau
Tel. 08131/36520





B. FESTSETZUNGEN

§ 1 Geltungsbereich der Bebauungsplanänderung 

§ 2 Änderungen

1. Baugrenze (§ 23 Abs. 3 BauNVO) 

2. Flächen für Garagen 

3. Zulässige Abstandsflächenunterschreitung in dem Maße, wie in der Plandarstellung festgesetzt, zulässig 

Im übrigen gilt der Bebauungsplan in seiner ursprünglichen Fassung.

§ 3 Verfahrenshinweise zur Bebauungsplanänderung

BEGRÜNDUNG

Die Baugrenzen und die Lage der Garage wurden geändert, um dem Eigentümer der westlichen Doppelhaushälfte eine sinnvolle Wohnflächenerweiterung zu ermöglichen. Eine Erweiterung nach Süden ist aus gestalterischen Gründen nicht möglich. Eine Aufsteilung des Daches wie nach den Festsetzungen des Bebauungsplanes erlaubt, ist nicht zu verwirklichen, da der Doppelhauspartner die Zustimmung versagt.

C. Verfahrenshinweise zur Änderung eines Bebauungsplanes

1. Aufstellungsbeschluß (§ 2 Abs. 1 BauGB)

Der Gemeinderat hat die ~~xxxxxxx~~ Änderung des Bebauungsplanes in seiner Sitzung vom 22.05.97 beschlossen.

Der Beschluß wurde mit Bekanntmachung vom ..04.06.1997..... ortsüblich bekanntgemacht.

2. Öffentliche Unterrichtung und Anhörung (§ 3 Abs. 1 BauGB)


Die öffentliche Unterrichtung und Anhörung fand am in statt (Bekanntmachung vom

3. Öffentliche Auslegung - Bürgerbeteiligung (§ 3 Abs. 2 BauGB)

Der vom Gemeinderat gebilligte Entwurf des Bebauungsplanes wurde mit der Begründung vom 16.06.1997..... bis 17.07.1997..... in der Gemeinde Petershausen öffentlich ausgelegt. Auf die öffentliche Auslegung wurde mit Bekanntmachung vom 04.06.1997..... hingewiesen.

Gemeinde Petershausen....., 17.07.1997.....

1. Bürgermeister Ludwig Götz

hug 

4. Satzungsbeschluß (§ 10 BauGB)

Der Gemeinderat hat mit Beschluß vom 28.08.1997.. den Bebauungsplan (Zeichnung und Text) als Satzung beschlossen

Gemeinde Petershausen....., 29.08.1997.....

1. Bürgermeister Ludwig Götz

hug 

5. Genehmigung bzw. Anzeige (§ 11 BauGB i.V.m. § 2 der Zuständigkeitsverordnung zum Baugesetzbuch vom 7.7.1987)


Das Landratsamt Dachau hat den Bebauungsplan mit Schreiben vom Nr. genehmigt.

bzw.

Vom Landratsamt Dachau wurde mit Schreiben vom 13.10.1997....., Nr. 0/610-4/3 BL970033..... keine Verletzung von Rechtsvorschriften, die eine Versagung der Genehmigung nach § 6 Abs. 2 BauGB rechtfertigen würde, geltend gemacht.

Gemeinde Petershausen....., 23.10.1997.....

1. Bürgermeister Ludwig Götz

hug 

6. Bekanntmachung (§ 12 BauGB)

Der genehmigte bzw. angezeigte Bebauungsplan liegt mit Begründung und Planzeichnung..... in der Gemeinde Petershausen öffentlich aus.

Genehmigung bzw. Anzeige sind durch Bekanntmachung vom 24.10.1997..... ortsüblich bekanntgemacht worden. Der Bebauungsplan tritt damit in Kraft.

Gemeinde Petershausen....., 24.10.1997.....

.....
1. Bürgermeister
Ludwig Götz

Gegen diese Bebauungsplanänderung wurde vom Landratsamt Dachau mit Bescheid vom 13.10.1997 Az.: 40/610-4/3 BL970033 nach § 11 Abs. 3 Satz 1 BauGB i.V.m. § 2 Abs. 4 der Zuständigkeitsverordnung im Bauwesen (ZustVBau) keine Verletzung von Rechtsvorschriften geltend gemacht, die eine Versagung der Genehmigung nach § 6 Abs. 2 BauGB rechtfertigen würde.

Dachau, den 30.10.1997
Landratsamt Dachau
I.A.

v. Bonhorst

von Bonhorst
Oberregierungsrätin